

Neue Umfrage: Hamburg wählt Ole von Beust

Emnid: Absolute Mehrheit für CDU-Bürgermeister - Mirow kann im Wahlkampf nicht punkten - Schill bei zwei Prozent

von Oliver Schirg



Ole von Beust
Foto: ddp

Auch gut drei Wochen nach Beginn des Bürgerschaftswahlkampfes steuert die CDU auf eine absolute Mehrheit der Mandate im nächsten Landesparlament zu. Mit 46 Prozent könnte die Union derzeit mit ihrem Spitzenkandidaten Ole von Beust allein regieren, da die SPD mit 31 Prozent und die Grünen mit zwölf Prozent zusammen auf lediglich 43 Prozent der Stimmen kämen. Das ergab eine Emnid-Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen DIE WELT und BILD. Die FDP würde danach mit vier Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde ebenso scheitern wie die beiden Schill-Parteien, die jeweils zwei Prozent erreichten.

Emnid ist damit das vierte Institut, das eine absolute Mehrheit der CDU voraussagt. Bedeutsam sind die Ergebnisse der jüngsten Umfrage allerdings deshalb, weil sich vor allem die Sozialdemokraten vom Wahlkampf einen Stimmungsumschwung erhoffen. Die Umfrage bestätigt dagegen auch bei den Sympathiewerten den deutlichen Vorsprung von Bürgermeister Ole von Beust gegenüber seinem Herausforderer von der SPD, Thomas Mirow. Zudem zeigt sich, dass eine deutliche Mehrheit der Wähler den Sozialdemokraten ihren Kurswechsel nach dem Machtverlust aus dem Jahr 2001 nicht abnimmt. Ebenso schneidet die Arbeit der Opposition bei der Bewertung der Wähler noch schlechter ab als die des Senats. Zudem fände eine Koalition aus CDU und FDP den größten Anklang unter Hamburgs Wählern, sollten die Union bei der Wahl am 29. Februar die absolute Mehrheit verpassen. Emnid hatte am 29. Januar 1000 wahlberechtigte Hamburger befragt. Die Fehlertoleranz liegt bei plus/minus drei Prozentpunkten.

Direktwahl des Bürgermeisters: In der Beurteilung der Spitzenkandidaten von CDU und SPD lässt Bürgermeister von Beust nach wie vor Mirow mit großem Abstand hinter sich. Bei einer Direktwahl würden sich 59 der Befragten für den Amtsinhaber entscheiden. 27 Prozent plädieren für den Herausforderer. Auffallend ist hier, dass von den Anhängern der SPD mit 28 Prozent und von denen der Grünen mit 26 Prozent mehr als ein Viertel für von Beust votieren. Von den CDU-Anhängern würde hingegen lediglich ein Prozent Mirow wählen.

Koalitionspräferenz: Sollte keine Partei die absolute Mehrheit erhalten, ist mit 30 Prozent der Wunsch nach einer CDU/FDP-Koalition am stärksten ausgeprägt. Eine Große Koalition aus CDU und SPD würden 26 Prozent der Hamburger bevorzugen, fast so viele wie Rot-Grün, die auf 25 Prozent käme. Für eine schwarz-grüne Regierung plädieren neun Prozent, eine sozial-liberale Koalition wollen drei Prozent der Befragten.

Entschiedenheit der Wähler: Der Umfrage zufolge sind sich allerdings derzeit lediglich 48 Prozent der Wahlberechtigten schon sicher, dass sie wählen und welche Partei sie wählen werden. Im Vergleich zur Emnid-Umfrage Mitte Dezember vergangenen Jahres ist dieser Anteil um fünf Prozentpunkte zurückgegangen. 24 Prozent der Hamburger sind gegenwärtig noch sehr unsicher, ob und wen sie wählen werden.

Wahrnehmung der SPD: Nach ihrem Machtverlust im Jahr 2001 haben die Sozialdemokraten ihren Kurs in so wichtigen Feldern wie der Innen- und der Bildungspolitik geändert. Von den Wählern wird dieser Wandel allerdings nicht gewürdigt. Für 55 Prozent der Befragten hat sich die SPD in den vergangenen beiden Jahren nicht verändert, für 25 Prozent sogar zu ihrem Negativen. Lediglich 17 Prozent der Hamburger sehen einen Wandel zum Positiven. Interessant ist dabei, dass selbst 51 Prozent der SPD-Anhänger keinen Kurswechsel ihrer Partei beobachteten, während 13 Prozent eine negative Entwicklung attestieren. Lediglich für 33 Prozent der SPD-Wähler hat sich die Partei zum Positiven gewandelt.

Drängendste Probleme: Bei den wichtigsten Problemen hat sich eine deutliche Veränderung im Vergleich zum September 2001 ergeben. Am meisten bedrückt die Befragten mit jeweils 63 Prozent die Lage im Bereich Bildung/Schule und die Arbeitslosigkeit. Auf Platz drei liegt mit 42 Prozent die wirtschaftliche Entwicklung. Jugendkriminalität liegt mit 38 Prozent auf Platz vier, Innere Sicherheit - das Top-Thema des Jahres 2001 - mit 28 Prozent erst auf Platz sechs.

Zufriedenheit mit Senat und Opposition: Sowohl Senat als auch Opposition haben in den letzten beiden Jahren nach Ansicht der Befragten keine besonders gute Arbeit geleistet. So zeigen sich 63 Prozent der Hamburger mit der Arbeit des Senats aus CDU, FDP und Partei Rechtsstaatlicher Offensive nicht zufrieden. 34 Prozent hingegen sind zufrieden. Allerdings fällt das Ergebnis für die Opposition aus SPD und Grünen noch negativer aus. Lediglich 23 Prozent sind mit deren Arbeit zufrieden, während 72 Prozent sich unzufrieden äußerten. Auffallend ist hier, dass mit 59 beziehungsweise 66 Prozent auch eine deutliche Mehrheit der SPD- und GAL-Anhängerschaft sich zur Oppositionsarbeit negativ äußerte. Bei der Bewertung der Senatsarbeit fällt hingegen auf, dass die Wähler der beiden kleinen Regierungsparteien FDP und Offensive mit 61 bzw. 64 Prozent mehrheitlich unzufrieden sind.

Einfluss der Bundespolitik: Die Bundespolitik spielt zwar für 62 Prozent der Befragten für die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen nur eine untergeordnete Rolle. Die 38 Prozent, die bei ihrer Entscheidung sich auch von der Bundespolitik leiten lassen, dürften aber eher zu Lasten der SPD gehen, da dort die Stimmung für die Sozialdemokraten aktuell ungünstig ist. Diesen Zusammenhang macht das Abschneiden der Parteien deutlich, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre. Dann würde die SPD noch lediglich auf 29 Prozent kommen, während die CDU 43 Prozent erreichte. Die Grünen lägen bei 16 Prozent, die FDP bei sechs. Zum Vergleich: Bei der Bundestagswahl 2002 erreichte die SPD 42 Prozent, die Union 28,1 Prozent. Die Grünen waren auf 16,2 Prozent und die FDP auf 6,8 Prozent gekommen.

Artikel erschienen am 2. Feb 2004

[Artikel drucken](#)